

Digitales Fachgespräch via Zoom

Impulse aus dem Koalitionsvertrag: Wie werden Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung weiterentwickelt?

30. März 2022, 13.30 bis 15.45 Uhr

Hintergrund

In der vergangenen Legislaturperiode wurden mit der Einführung der Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung (§ 60c AufenthG, § 60d AufenthG) Schritte in Richtung einer gelingenden Arbeitsmarktintegration Geduldeter und damit gleichzeitig auch für die Sicherung notwendiger (Fach-)Arbeitskräftebedarfe vollzogen. Allerdings war seit der Einführung dieser rechtlichen Möglichkeiten immer wieder zu hören, dass die Zugänge zu diesen Duldungsformen regional nicht einheitlich ermöglicht werden und dass viele grundsätzlich für diese Duldungsformen in Frage kommende Personen in der Praxis an der Erfüllung der notwendigen Voraussetzungen scheitern. Auch ist die Möglichkeit der Beschäftigungsduldung nur befristet geschaffen worden und wird Ende 2023 auslaufen.

Der Koalitionsvertrag der Ampel-Parteien stellt nun eine Überarbeitung dieser Duldungsformen in der aktuellen Legislatur in Aussicht.

Vor diesem Hintergrund laden die Friedrich-Ebert-Stiftung und der Deutsche Gewerkschaftsbund zu einer intensiven Diskussion der Thematik im Rahmen eines digitalen Fachgesprächs ein. Dieses möchte allen Teilnehmenden größere Klarheit darüber verschaffen, was geplant ist und welche Schritte zur Umsetzung anvisiert werden. Auch gibt das Fachgespräch unterschiedlichen Perspektiven Raum, bisherige Erfahrungswerte zur Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung in die politische Diskussion einfließen zu lassen und damit den Prozess inhaltlich mitzugestalten.

Das Fachgespräch richtet sich an einen Kreis von maximal 25 Personen aus Politik, Gewerkschaften, Ministerien und Verwaltung sowie aus der arbeitsrechtlichen Beratung.

Programmablauf

13.30 Uhr

Kurze Begrüßung und Vorstellungsrunde

Susan Javad, Friedrich-Ebert-Stiftung

13.40 Uhr

Eine Bestandsaufnahme zur Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung

Vera Egenberger, DGB

13.55 Uhr

Erfahrungen aus drei Jahren Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung aus unterschiedlichen Perspektiven

- Unternehmen: Marlene Thiele, Projektleiterin des Netzwerks „Unternehmen integrieren Flüchtlinge“
- Arbeitsrechtliche Beratung: Janna Bieker, Beratungsreferentin, DGB-Bildungswerk
- Ausländerbehörde: Engelhard Mazanke, Leiter des Amts für Einwanderung Berlin

14.30 Uhr

Was soll sich in der neuen Legislaturperiode beim Duldungsrecht, den Bleiberechtsregelungen und dem Arbeitsmarktzugang ändern?

Dr. Ann-Marie Burbaum, Leiterin des Referats AG M3 „Aufenthaltsrecht; Humanitäre Aufnahme“, BMI

14.40 Uhr

Politische Kommentierung durch Hakan Demir, MdB und Filiz Polat, MdB

14.50 Uhr

Gelegenheit für konkrete Rückfragen und zur anschließenden Diskussion

15.40 Uhr

Abschluss durch Vera Egenberger, DGB

15.45 Uhr

Ende